

## **TTIP Unfairhandelbar Wesel**

Klaus Kubernus-Perscheid  
Pastor Wolf Str. 12  
46487 Wesel

Wesel, 04. Februar 2014

An  
die Bundesumweltministerin

**Dr. Barbara Hendricks**

Stresemannstraße 128 - 130

10117 Berlin

Betr.: Offener Brief an die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks

Sehr geehrte Frau Dr. Hendricks,  
unsere Gruppe „TTIP Unfairhandelbar Wesel“ besteht aus umwelt- und sozialbewegten Menschen aus Wesel und Umgebung. Wir wenden uns heute mit einem offenen Brief an Sie, um Ihnen unsere Bedenken gegen das geplante Freihandelsabkommen vorzutragen und um Sie dazu zu bewegen gegen das Abkommen Stellung zu beziehen.

Seit einigen Monaten verhandelt die EU - Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Vereinigten Staaten über ein Freihandelsabkommen (TTIP). Geschaffen werden soll die größte Freihandelszone der Welt mit einem gemeinsamen globalen Markt. Parallel dazu laufen die Verhandlungen mit Kanada über ein ähnliches Abkommen (CETA).

Während Regierungen und EU-Institutionen mit hohen Wachstums- und Beschäftigungserwartungen frohlocken, verstehen wir das geplante Abkommen eher als eine Bedrohung für Demokratie, soziale Rechte, Verbraucher- und Umweltschutz. Sollte das Abkommen zustande kommen, könnten seine Auswirkungen zu gravierenden Folgen für die Menschen auch in unserer Region führen.

### **Privatisierung von kommunalem Eigentum**

Das Abkommen könnte die Privatisierung städtischer Einrichtungen und Betriebe nicht nur erleichtern, sondern es könnte den Kommunen sogar erschweren, öffentliche Dienstleistungen weiterhin in Eigenregie anzubieten. So sind z. B. kommunale Wasserwerke in den Augen der großen Wasserkonzerne Monopole. Die müssen natürlich abgeschafft und einem freien und gesunden Wettbewerb ausgesetzt werden. Damit steht die gerade erst im letzten Jahr abgewehrte Ausschreibungspflicht der öffentlichen Wasserversorgung wieder auf der Tagesordnung.

### **Beschäftigung**

Die Initiatoren und Fürsprecher des transatlantischen Abkommens versprechen vor allem "Jobs". Gemeint sind ungesicherte Tätigkeiten - gerne zu Niedriglohnbedingungen, oft in Teilzeit und befristet. Davon haben wir schon jetzt mehr als genug. 2011 waren 44,3 % der ArbeitnehmerInnen aus dem Kreis Wesel in Teilzeit, Leiharbeit, befristet oder geringfügig beschäftigt. In Ihrem Wahlkreis Kleve sieht es da nicht viel anders aus.

### **Verkehr**

Regionales Wirtschaften bedeutet kurze Wege, weniger Transporte und weniger Energieverbrauch und das heißt mehr Klimaschutz. Wenn demnächst US-Firmen ihre Ware in unsere Region transportieren, bedeutet das mehr Verkehr und mehr CO<sub>2</sub> - Emissionen. Schon jetzt beträgt der Anteil der verkehrsbedingten Emissionen in der Stadt Wesel 36 %.

## **Öffentliche Auftragsvergabe**

Sollte das Abkommen in Kraft treten ist es fraglich, ob es den jeweiligen Behörden weiterhin möglich sein wird, Aufträge auf Grundlage regionaler, sozialer und ökologischer Kriterien zu vergeben. Ihnen wird auf diese Weise ein wichtiges Instrument genommen, um auf die Wirtschaftsentwicklungen vor Ort Einfluss zu nehmen.

## **Investitionsschutz**

Den Investoren aus dem jeweiligen Ausland soll es erlaubt sein, geheim tagende, mit privaten Anwälten besetzte Schiedsgerichte anzurufen, wenn sie ihre Gewinne durch neue Gesetze gefährdet sehen. Die Städte und Gemeinden haben bislang keine Rücklagen für die zu erwartenden Prozesse vor den Schiedsgerichten gebildet. Sollte es zu einem Prozess kommen, sind sie den großen kapitalkräftigen Konzernen schutzlos ausgeliefert. Mögliche Entschädigungszahlungen der Kommunen übernehmen dann natürlich die SteuerzahlerInnen. Oder die kommunalen Einrichtungen zahlen nicht: Dann kommen die Investoren mit ihren Waren unter Umgehung von Verbraucherschutz- und Umweltauflagen oder Sozialvorschriften auf den Markt.

## **Fracking**

Trotz einer Resolution des Kreistages gegen das Fracking könnten internationale Konzerne die Gewinnung von Frackinggas in unserer Region erzwingen. Aber nicht nur das: Frackinggas könnte aus den USA nach Deutschland exportiert werden und den Umstieg auf eine klimafreundliche Energieversorgung im Rahmen der Energiewende gefährden.

## **Landwirtschaft**

Große Agrarkonzerne könnten den Anbau und Export von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen mit dem geplanten Freihandelsabkommen viel leichter und effektiver durchsetzen. Eine Öffnung des EU-Marktes für US-Agrarprodukte würde die vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft in unserer Region vollständig verdrängen.

## **Lebensmittel**

Es könnte passieren, dass demnächst in Weseler Supermärkten Hormonfleisch und genveränderte Lebensmittel angeboten werden. Damit würden wir den mühsam erkämpften ökologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte vollends verspielen.

Wir meinen, dass unsere vorgetragenen Bedenken sehr schwerwiegend sind und fordern Sie auf, Ihre Regierungsarbeit dazu zu nutzen, um TTIP und CETA zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen aus Wesel

Klaus Kubernus-Perscheid

